



STELLUNGNAHME zum Antrag GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom: 12.10.2016	Vorlage Nr.: Verantwortlich:	2016/0612 Dez. 3
Schulische Inklusion in Karlsruhe aktiv voranbringen		

Gremium	Termin	TOP	ö	nö
Gemeinderat	22.11.2016	25	x	

Kurzfassung

Die Verwaltung wird mit den involvierten städtischen und staatlichen Dienststellen Kontakt aufnehmen und klären, inwieweit die aufgeworfenen Fragen im Rahmen eines integrierten Handlungskonzepts umgesetzt werden können.

Finanzielle Auswirkungen (bitte ankreuzen)		☒	☐	☐	☐	ja
Gesamtkosten der Maßnahme	Einzahlungen/Erträge (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt			Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgeerträge und Folgeeinsparungen)	
Haushaltsmittel stehen (bitte auswählen) Kontierungsobjekt: (bitte auswählen) Ergänzende Erläuterungen:						
ISEK-Karlsruhe-2020-relevant	☐	☐	☒	☐	☐	Handlungsfeld: (bitte auswählen)
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	☒	☐	☐	☐	☐	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	☒	☐	☐	☐	☐	abgestimmt mit

(Das Thema „Schulische Inklusion in Karlsruhe aktiv voran bringen“ ist sehr komplex, da unter anderem die Zusammenarbeit und Kooperation verschiedener Organisationen und Institutionen erforderlich ist. Als ersten Schritt hat die Verwaltung die Staatlichen Schulbehörden um Stellungnahme zu den aufgeworfenen Fragen gebeten, da viele Fragen des Antrags im Zuständigkeitsbereich der Staatlichen Schulverwaltung liegen.

Sobald die Stellungnahmen vorliegen wird die Verwaltung mit den staatlichen Stellen, den involvierten städtischen Ämtern sowie den ehrenamtlich tätigen Kräften absprechen, welche Lösungsansätze denkbar und in der Praxis auch umsetzbar sind. Die gewonnenen Erkenntnisse und Ergebnisse werden dann im Rahmen eines integrierten Handlungskonzepts dargestellt.

Die Verwaltung schlägt vor, über das Ergebnis im Schulbeirat zu berichten.